

25. Februar 2014 19:01 NS-Verbrechen in Griechenland

Erpressung, Mord und nie ein Wort der Entschuldigung

Von *Christiane Schlötzer*

Die deutschen Besatzer haben im Zweiten Weltkrieg von der jüdischen Gemeinde in Thessaloniki ein horrendes Lösegeld erpresst - und ihre Mitglieder dann trotzdem nach Auschwitz deportiert. Bundespräsident Gauck will bei seinem Griechenland-Besuch dieser und anderer Opfer der Nazis gedenken.

Sie haben erst lange gewartet, dann viel Vergebliches versucht, und nun kommt einiges zusammen mit der Griechenland-Reise von Bundespräsident Joachim Gauck. Die Jüdische Gemeinde von Thessaloniki, der zweitgrößten griechischen Stadt, hat sich jetzt an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gewandt. Wer ihr Anliegen verstehen will, muss 70 Jahre zurückblenden. Eine lange Zeit, könnte man meinen. Aber die Vergangenheit ist in Griechenland heute gegenwärtiger als vor Beginn der Krise.

Griechische Blätter porträtieren die Kanzlerin immer wieder in Nazi-Uniform. Das Anliegen der Jüdischen Gemeinde von Thessaloniki hat mit solcher Stimmungsmache aber nichts zu tun. Es ist viel älter als die aktuellen Leiden der Griechen, für die viele Deutschland als stärkstes EU-Land verantwortlich machen.

"Goldbarren sind der Tarif", hatte 1942 Max Merten, der Statthalter der deutschen Wehrmacht in Thessaloniki, verkündet: 9000 jüdischen Männern zwischen 18 und 45 Jahren sollte die Zwangsarbeit erspart bleiben, wenn die jüdische Gemeinde 3,5 Milliarden Drachmen zahle. Merten erpresste von der größten jüdischen Gemeinde Griechenlands so viel Wertvolles, dass sich ein Depot, "die Schatzkammer der Velissarioustraße mit allen Kostbarkeiten Ali Babas" füllte, notierte der griechisch-jüdische Chronist Michael Molho, dessen Zeugnisse der deutsche Historiker Götz Aly ausgewertet hat.



Die Befreiung von Auschwitz **Das Ende des Holocaust**

Die horrende Geldforderung der Deutschen konnte der jüdische Rat jedoch nicht

bezahlen. Merten wollte aber die Summe nur um eine Milliarde Drachmen reduzieren - im Gegenzug für die Enteignung des großen, jahrhundertealten jüdischen Friedhofs der Stadt. Die Juden bezahlten 1,9 Milliarden Drachmen, der Friedhof wurde zerstört - und die Männer wurden dennoch nach Auschwitz deportiert. Von den 50 000 Juden Thessalonikis überlebten knapp 2000.

Vor dem Gerichtshof in Straßburg fordert die Gemeinde nun für das von Merten kassierte "Lösegeld" eine Erstattung vom deutschen Staat in Höhe von 50 Millionen Euro. Griechische Gerichte hatten zuvor den Rechtsweg mit Hinweis auf die Staatenimmunität abgeschnitten. Das könnte auch in Straßburg passieren.

Aber nun kommt eben vieles zusammen: Am 5. März reist Gauck zum Staatsbesuch nach Griechenland. Thessaloniki wird er nicht besuchen, aber das von Gebirgsjägern zerstörte Dorf Lyngiades in der Region Epirus. Auch dieses Massaker mit 82 Toten, die Hälfte davon Kinder, hat ein deutscher Historiker aufgearbeitet, Christoph Schminck-Gustavus.

Dennoch ist Lyngiades weniger bekannt als das französische Oradour, das Gauck im vergangenen Jahr besuchte. Auch die vielen anderen griechischen Opferorte sind eher weiße Flecken in deutschen Geschichtsbüchern - ein Grund, warum die von Athen zuletzt erhobenen Reparationsforderungen überraschten.

Laut deutschen Diplomaten sind die Worte "Entschuldigung" oder "Verzeihung" im Zusammenhang mit der NS-Geschichte in Griechenland nie gefallen. Gauck wolle jetzt Zeichen setzen, heißt es. Ein deutsch-griechisches Jugendwerk und Stipendien sind geplant. Auch für Thessaloniki wird es wohl "eine Geste" geben.



Hakenkreuzflagge auf der Akropolis: Wehrmachtssoldaten in Athen während der Besetzungszeit. (Foto: Oliver Das Gupta)

[nie-ein-wort-der-entschuldigung-1.1897714](#)

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 25.02.2014/liv/odg

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.